BOLSCHEWIK 4

Gruppe Spartakus

1. Mai-Ausgabe 1992

DM 0,50

Arbeiterkämpfe im Würgegriff der Sozialdemokratie

"Keinem soll es schlechter gehen als zuvor", tönte noch vor zwei Jahren der "Kanzler der Deutschen Einheit". Heute glaubt keiner mehr an dieses Märchen. Während Bourgeoisie, Sozialdemokratie und die Kleinbürger vom Bündnis 90/GRÜNE immer noch von ihrem Sieg über das "stalinistische Unrechtsregime" in der ehemaligen DDR zehren, wird die Arbeiterklasse zur Kasse gebeten.

Für wachsende Teile der ehemaligen DDR-Bevölkerung wird von Tag zu Tag deutlicher, daß sie ihre Illusionen in "Soziale Marktwirtschaft" und westliche "Freiheit und Demokratie" teuer bezahlen müssen. Mit Massendemonstrationen ("Wir sind das Volk") ließ sich zwar die marode stalinistische Bürokratie vertreiben und der deformierte Arbeiterstaat stürzen; der Kapitalismus schert sich allerdings wenig um die Interessen des "Volkes": Hier zählt einzig und allein die Logik des Profits.

"Den Gürtel enger schnallen" heißt denn auch die bürgerliche Devise. Über Angriffe auf die Existenzgrundlage und den Lebensstandard der Lohnabhängigen will die deutsche Bourgeoisie ihre höher gesteckten Ziele finanzieren: endgültige Beseitigung aller Reste der DDR und Kolonialisierung Osteuropas zwecks Zerstörung der kollektivierten Wirtschaft im Interesse des deutschen Kapitals. Darüberhinaus geht es um den Versuch, die deutsche Vormachtstellung in der EG politisch und ökonomisch auszubauen. Auch militärisch wird vorgesorgt: So verkündete jüngst Bundeswehr-General von Scheven, daß man begonnen habe, sich auf internationale Einsätze "mit aller Konsequenz vorzubereiten" (Tagesspiegel 04.04.92).

Den deutschen Nationalismus im Inland bekommen besonders die Immigranten zu spüren, die einer parlamentarisch initiierten Hetzkampagne, genannt "Asyldebatte", ausgesetzt sind. Der von allen etablierten Parteien geschürte Rassismus ist der Ansatzpunkt der Faschisten für ihren täglichen Terror, wobei der Staatsapparat die Nazis in der Regel gewähren läßt.

Dagegen gehen Polizei und Justiz umso schärfer gegen Linke vor, im Rahmen einer antikommunistischen Hexenjagd, besonders auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Im Namen der Demokratie und ganz in der Tradition der alten BRD (Berufsverbote gegen Linke, Rasterfahndung etc.) findet der Prozeß gegen Mielke statt, der sich auf die Anklageschriften der Nazis aus dem Jahre 1934 (!) stützt. Der Staatschef der ehemaligen DDR, Honecker, soll in einem Schaupro-

Erklärung der Gruppe Spartakus

BOLSCHEWIK ist das Organ der Gruppe Spartakus, deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistischen Tendenz (IBT). Die IBT wurde im Sommer 1990 von der Permanent Revolution Group (Neuseeland), der Bolschewistischen Tendenz (USA/Kanada/BRD) sowie der Gruppe IV. Internationale (BRD) gegründet.

Die *Bolschewiki* unter Lenin und Trotzki organisierten die Oktoberrevolution in Rußland. Diese Revolution wurde von den Stalinisten verrraten. Anknüpfend an die Tradition der ersten vier Weltkongresse der Kommunistischen Internationale und der Gründungsdokumente der Vierten Internationale treten wir für die Durchsetzung des kommunistischen Programms ein. Wichtige Ereignisse des Klassenkampfes international wie national werden in Zusammenarbeit mit *1917*, dem internationalen Organ der IBT, analysiert. Unser Ziel ist die Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den deutschen Imperialismus. "Der Hauptfeind steht im eigenen Land" - dieses Vermächtnis Luxemburgs und Liebknechts ist für uns Verpflichtung zur schonungslosen Auseinandersetzung mit der deutschen Sozialdemokratie, den Vertretern der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse. Die jahrzehntelange Dominanz der SPD spiegelt sich wider in der Desorientierung und Zersplitterung der BRD-Linken. In der Auseinandersetzung mit Reformismus und Zentrismus wollen wir die revolutionären Erfahrungen der Geschichte der Arbeiterbewegung verankern. Diese programmatische Klärung ist Bedingung für den Zusammenschluß von Revolutionären zu einer trotzkistischen Arbeiterpartei.

Die Bourgeoisie sieht sich gestärkt seit dem "Ende des Kommunismus", vor allem nach dem Bankrott des Stalinismus in der ehemaligen UdSSR. An ihr Märchen der harmonischen "neuen Weltordnung" glaubt sie selbst nicht. Die Neuaufteilung der Welt, vorrangig unter den deutschen, japanischen und amerikanischen Imperialisten, führt zu verschärften Angriffen auf die Lebensinteressen der Arbeiterklasse national wie international. In dieser Situation kämpft die Gruppe Spartakus für den dringend notwendigen internationalen Zusammenschluß der Revolutionäre und die Wiederschaffung der demokratisch-zentralistischen internationalen Partei - diesem Ziel dient *BOLSCHEWIK: Für die Wiederschaffung der Vierten Internationale!*

Arbeiterkämpfe...

Fortsetzung von Seite I

zeß von der deutschen Klassenjustiz abgeurteilt werden. In Hamburg sind zwei Antifaschisten aus der ehemaligen DDR angeklagt, die 1947 einen Nazi-Richter erschossen haben sollen. Darüberhinaus wird versucht, der lammfrommen sozialdemokratischen PDS endgültig den Garaus zu machen - nicht mit der gleichen Methode wie 1956 (KPD-Verbot), sondern über den Weg der finanziellen Enteignung. Zynischerweise spielen sich die Vertreter der Klassenjustiz dabei noch als demokratische Verteidiger der PDS auf, wenn sie ehemalige PDS-Finanzverantwortliche mit dem Argument verurteilen, die Gelder "an der Partei vorbei verschoben" zu haben. Die Kampagne der "Stasi-Vergangenheits-Bewältigung" trifft auch links-liberale Kritiker im Westen, wie Engelmann und Wallraff.

Die Bourgeoisie betreibt diese Hetzkampagne wesentlich aus zwei Gründen: Zum einen will sie sich im nachhinein für das rächen, was ihr vierzig Jahre lang ein Dorn im Auge war, nämlich die Existenz des deformierten Arbeiterstaates DDR und die Enteignung der Kapitalisten. Jegliche Erinnerung an die DDR und die damit verbundenen Errungenschaften für die Werktätigen sollen ausgelöscht werden. Zum anderen soll der zunehmende Widerstand und seine mögliche Politisierung gegen die Offensive von Kapital und Regierung schon im Keim erstickt werden, bevor er sich direkt gegen die kapitalistische Klassenherrschaft richten kann. "Ruhe und Ordnung im Land" ist schließlich die notwendige Voraussetzung für die Durchsetzung der imperialistischen Pläne.

Für die Arbeiterklasse im *Westen* bedeutet die schärfere Gangart von Kapital und Regierung: Solidaritätsabgabe, Steuererhöhungen, Reallohnsenkung, steigende Mieten etc. Der allgemein sinkende Lebensstandard und die wachsende Armut drücken sich in der steigenden Zahl von Sozialhilfeempfängern und rapide zunehmender Obdachlosigkeit aus. Arbeitsplatzabbau durch Rationalisierungen, Betriebsstillegungen, Produktionsverlagerungen usw. führen z.B. im Ruhrgebiet zu Arbeitslosenquoten von 20% und mehr.

Schlimmer noch sieht es im *Osten* aus. Hier werden von der Treuhand große Teile der ehemaligen DDR-Betriebe einfach "platt-privatisiert", wobei sich die (West)-Kapitalisten die "Filetstücke" der ehemaligen DDR-Betriebe herauspicken, um kostengünstig Produktionsstätten auszubauen und mittels Osttarifen Billigproduktion zu ermöglichen. Mit den dazu gehörenden Massenentlassungen wird eine riesige industrielle Reservearmee von Arbeitslosen produziert, mit der die Löhne gedrückt werden. Die reale Arbeitslosenquote in der ostdeutschen Metallindustrie liegt derzeit bei 40 bis 45%, und offiziell stellen Frauen über 60% aller Arbeitslosen in der ehemaligen DDR. Für die Frauen, die zu DDR-Zeiten zu ca. 90% einen Arbeitsplatz und damit eine eigenständige Existenzgrundlage hatten, bedeutet diese Entwicklung einen besonders bitteren Rückschritt.

Die Lebenshaltungskosten steigen in den fünf neuen Bundesländern gewaltig an; die Angleichung der Löhne an das Westniveau soll jedoch weiter verschoben werden. Auf der Basis der Ideologie von der "Koppelung der Löhne an die Produktivität" soll es, nach bürgerlichen Schätzungen, jetzt mittlerweile mindestens zwanzig bis dreißig Jahre dauern, bis der Oststandard angeglichen ist. Die bürgerliche Politik des "jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört" führt im vereinigten kapitalistischen Deutschland zur Verelendung beiderseits der ehemaligen Grenze.

Weder im Osten noch im Westen sind die Lohnabhängigen bereit, sich auf dem Altar der deutschen

Einheit zu opfern. Ob in Hennigsdorf, Finow, Eisenhüttenstadt oder auf den Werften, immer wieder zeigten Betriebsbesetzungen die verzweifelte Wut der Arbeiter im Osten über den drohenden Verlust ihrer Existenzgrundlage. Im Westen sprechen die innergewerkschaftlich erhobenen Forderungen eine klare Sprache: In der ÖTV gab es immerhin Forderungen nach 15%, in der IGM nach 13% höheren Löhnen (obwohl selbst diese die Arbeiter nicht vor zukünftigen Einkommensverlusten geschützt hätten). Die Gewerkschaftsfürsten und -fürstinnen drückten jedoch die offizielle Verhandlungsposition unter 10%, nur die IG Medien geht mit einer 11%-Forderung in die Tarifauseinandersetzungen. Die Grubenbesetzungen im Ruhrgebiet im Herbst letzten Jahres, das 86%ige Streikvotum der Stahlarbeiter oder die größten Nachkriegsstreiks im Bankengewerbe - auch im Westen machen die Lohnabhängigen überall deutlich: So soll es und kann es nicht weiter gehen!

Die Pläne der Bourgeoisie

Im Kontext der internationalen Rezession ist auch die Wachstumsrate des deutschen Kapitals geschrumpft. Die Kapitalisten mußten Rückschläge hinnehmen und sie argumentieren damit, daß "der Verteilungsspielraum kleiner geworden sei". Nach ihrer Vorstellung soll bei den diesjährigen Tarifverhandlungen eine "tarifpolitische Wende" durchgesetzt werden. In der Metalltarifrunde kam es gemäß dieser anvisierten "Wende" zum Angebot einer 1,5%igen (!) Lohnerhöhung.

Die Kapitalisten, die ansonsten gern die "Sicherung des sozialen Friedens" ins Feld führen, lassen ihre Sozialpartnerschafts-Maske fallen. Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall drohte schon im Februar: "Gesamtmetall ist in diesem Jahr zur Annahme eines Konflikts bereit" (SZ 06.02.92). Und Murmann, der Vorsitzende des Unternehmerverbandes, erinnert sich mit leuchtenden Augen an die "Goldenen Siebziger", als ein Lohndiktat gegen die Chemiearbeiter durchgesetzt werden konnte:

> "Denken Sie doch einmal an den großen Arbeitskampf in der chemischen Industrie Anfang der siebziger Jahre. Der war lang und hart, aber er hatte einen erheblichen Reinigungseffekt. Seit dieser Zeit gibt es in der Chemie eine echte Tarifpartnerschaft" (Wirtschaftswoche 07.02.92).

Und auch wenn der Versuch, im ersten Anlauf eine Nullrunde durchzusetzen, vorerst gescheitert ist, bedeuten sowohl die bisher ausgehandelten als auch die angepeilten Lohnerhöhungen für die Arbeiter eine Reallohnsenkung.

Dem Kapital und der bürgerlichen Regierung geht es aber um mehr als den Handel um einige Prozente. Murmann führt unverblümt an:

> "In sehr vielen Industrieländern wird auf betrieblicher Basis Tarifpolitik betrieben. In Japan schwanken die Löhne an manchen Standorten von Betrieb zu Betrieb um bis zu 40 Prozent. Wäre es ein Drama, wenn das bei uns auch so wäre?" (ebenda).

Das deutet in die gleiche Richtung wie die Vorschläge der staatlichen Deregulierungskommission. Um die Konkurrenzfähigkeit des Kapitals zu gewährleisten, schlägt dieser Regierungsausschuß u.a. vor: die Möglichkeit von Lohnzahlungen unter Tarif, die Beschränkung der staatlichen Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen und die Wiederzulassung von Leiharbeit im Baugewerbe.

Die erst kürzlich erfolgte Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Arbeiterinnen reiht sich klar in diese *bürgerliche Offensiv-Strategie* ein. Hier ging es nicht um Gleichberechtigung, sondern um längere Maschinenlaufzeiten. Die neu entfachte Diskussion über die Verlängerung der "Lebensarbeitszeit" offenbart nur den Zynismus der Herrschenden angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit in Ost und West. Die Empfehlungen, Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall zu streichen, zeigen darüberhinaus, daß die Arbeiterklasse nicht nur zahlen, sondern auch diszipliniert werden soll.

Von beidem, Arbeitszeitverlängerung und Disziplinierung, bekamen die Lehrer in Berlin schon einen Vorgeschmack; Tausende demonstrierten gegen die Erhöhung der Pflichtstundenzahl. CDU-Schulsenator Klemann hatte der GEW mit Zwangsgeldern von über einer Million DM gedroht. Noch am Tag des Lehrerwarnstreiks wurde die Stundenerhöhung beschlossen und Klemann erklärte, daß er sich vorerst auf das "Vorzeigen der Folterwerkzeuge" (!) beschränke.

Große Koalitionspolitik der SPD...

Im Unterschied zu der "Kurzsichtigkeit" der Kohl/Genscher-Politik haben die Sozialdemokraten - von Anfang an treibender Faktor im nationalistischen Wiedervereinigungstaumel - kein Blatt vor den Mund genommen: Die deutsche Einheit sei nicht aus der Portokasse, sondern - "gerecht und demokratisch verteilt" - von "allen", also im Klartext, der Arbeiterklasse, zu finanzieren. Die SPD hält es momentan noch nicht einmal für nötig, die Lohnabhängigen mit sozialer Demagogie bei der Stange zu halten.

De facto existiert eine *Große Koalition* zwischen den bürgerlichen Regierungsparteien und der Sozialdemokratie. Die SPD hat ihre Opposition zurückgestellt. Die Mehrwertsteuererhöhung konnte dank der Stimmen von SPD-Ministerpräsidenten durchgesetzt werden. Die Sozialdemokraten wackeln in der Frage der Grundgesetzänderung des Rechts auf Asyl, und Münchens SPD-Oberbürgermeister Kronawitter präsentierte schon mal die sozialdemokratische Variante zukünftiger Immigrantenpolitik: morgendliche Zählappelle in den Wohnheimen.

Auch außenpolitisch fährt die SPD den gleichen Kurs: Es gibt keine substantielle Unterscheidung von der Bundeswehr- und NATO-Politik der Bonner Regierung. Lafontaine plädiert für die Option eines NATO-Einsatzes in den GUS-Staaten, und der Genscher-Kurs zu Jugoslawien wird voll unterstützt.

An einer offiziellen Regierungsverantwortung scheinen diese Arbeiterverräter momentan kein Interesse zu haben. In der politisch und ökonomisch angeheizten Stimmung ziehen sie eher eine Wiederholung der "Konzertierten Aktion" aus den 60er Jahren vor, die Wirtschaftsminister Möllemann schon seit einiger Zeit fordert. Als Murmann neben der Flexibilisierung der Arbeitszeit die Rückkehr zur 40-Stundenwoche forderte, langte Engholm gleich nach und plädierte, genauso wie SPD-Fraktionsführer Klose, für einen "offenen Dialog" von Unternehmern und Gewerkschaften über flexible Regelungen der Arbeitszeit (Tagesspiegel 05.04.92), d.h. verlängerte tägliche Arbeitszeit sowie Nacht-und Wochenendarbeit etc.

...und die Verratspolitik der Gewerkschaftsbürokratie

Entsprechend bemüht sich auch die sozialdemokratisch dominierte Gewerkschaftsbürokratie um Flexibilität und Anpassung an die Erfordernisse der bürgerlichen Wende. Der Arbeiterklasse haben Herren wie Steinkühler, Meyer und Rappe keine Lösung anzubieten. Diese eingefleischten Anhänger von "Sozialpartnerschaft", Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmung produzierten im Westen in der Vergangenheit eine Niederlage nach der anderen - erinnert sei hier nur an die Werftbesetzungen und die Kämpfe in Rheinhausen in den 80er Jahren. Einer der ersten DGB-Beiträge zur kapitalistischen Wiedervereinigung war der Ausverkauf des wochenlangen Kita-Streiks in Berlin, kurz nach der Maueröffnung, mit dem Verweis auf die jetzt anstehenden "wichtigeren Aufgaben". Die nahmen die Bürokraten dann mit der Zerstörung des FDGB sofort in Angriff. Mit dem Ruf nach "freien, demokratischen und unabhängigen Gewerkschaften" stülpten sie der DDR-Arbeiterklasse den sozialdemokratisch dominierten DGB über, der das genaue Gegenteil von politischer Unabhängigkeit repräsentiert. Die DGB-Bürokratie ist eine kapitalistische Agentur in den Reihen der Arbeiterklasse und hat ihre staatstragende Rolle gegenüber den Arbeiterinteressen mehr als einmal unter Beweis gestellt.

Als im Frühjahr 1991 die Montagsdemonstrationen wieder auflebten, hatten Steinkühler & Co nichts Besseres zu tun, als diese so schnell wie möglich abzubiegen. Das Ableben des Treuhandchefs Rohwedder benutzten sie, um alle Montagsdemos abzusagen. Der von den Arbeitern geforderte "Marsch auf Bonn" wurde ersatzlos von der Tagesordnung gestrichen. Daß diese Führung keine konsequente Opposition gegen die Treuhand, den verlängerten Arm Waigels, organisiert, darf nicht verwundern: Sie sitzt im Aufsichtsrat dieser kapitalistischen Institution und segnet, wie z.B. IG Chemie-Chef Rappe, die Fabrikstillegungen, genannt "Sanierungen", ab.

Der von Steinkühler selbstherrlich abgeblasene Stahlarbeiterstreik Anfang 1992 stellte einen bisherigen Höhepunkt der aktuellen Verratspolitik dar. Die Lohnerhöhung von 6,35% bedeutet eine Reallohnsenkung. Dieses Ergebnis auch noch als Erfolg verkaufen zu wollen, ist schon mehr als dreist. "Die Zeit des Redens ist nun zu Ende, handeln ist ab heute angesagt", posaunte Steinkühler noch am 24. Januar auf einer Gewerkschaftsveranstaltung. Er handelte dann, und zwar zusammen mit den Stahlbossen, gegen die streikwilligen Stahlarbeiter. Dieser Verrat, in Nordrhein-Westfalen durchgeführt von dem gleichen IGM-Verhandlungsführer Brockhues, der schon 1978 den Stahlarbeitern beim Kampf für die 35-Stundenwoche eine erste große Niederlage beigebracht hatte, machte eine weitere Chance gemeinsamer Aktionen von Arbeitern im Westen und Osten zunichte.

Bei den Metall-Tarifverhandlungen 1992 kapitulierte die IGM-Führung schon im Vorfeld vor den Kapitalisten. Der IGM-Vorstand empfahl der regionalen Tarifkommission, die 9,5%-Forderung nicht zu überschreiten. Steinkühler argumentierte,

> "... daß ein doppeltes Signal gegen die Vergiftung des tarifpolitischen Klimas und für die Versachlichung der einkommenspolitischen Debatte gesetzt werden solle" (metall, Nr. 2/1992).

Das "Handelsblatt" bedankte sich auch prompt und kommentierte: "Frankfurter Signal der Tarifvernunft". Von gleichem Kaliber ist die Politik von Wulf-Mathies & Co für die ÖTV. Sie stimmten dem Schlichtungsvorschlag von 5,4% zu und möchten sich jetzt in diesem Schmierentheater von Staat und Gewerkschaftsführung als Verteidiger des Lebensstandards der Arbeiter im öffentlichen Dienst aufspielen. 5,4% bedeutet aber Lohnraub!

Trotz unterschiedlicher Bedingungen im Osten und Westen: Kampf gegen den gemeinsamen Feind

In den letzten Monaten gab es unzählige Möglichkeiten, die stattfindenden Aktionen der Arbeiterklasse gegen die Offensive des Kapitals zu wenden. Die offiziellen "Arbeitervertreter" haben diese Chancen nicht einfach nur verschlafen, sondern bewußt sabotiert. Ausweitungen der Aktionen im Verlauf der Tarifverhandlungen wurden genauso verhindert, wie die notwendige Verbindung der Kämpfe in Ost und West. Die Bürokraten wissen nur zu gut, daß eine militante Mobilisierung zu einer wirklichen Gefahr für das Kapital werden kann, die möglicherweise vor den DGB-Chef-Etagen nicht Halt macht. Deshalb gab es erst gar keinen Versuch, die Bergarbeiterdemonstrationen gegen die Möllemann-Politik im Herbst 1991 im Ruhrgebiet mit den Grubenbesetzungen zu verbinden. Erst recht war keine Rede davon, eine Kampflinie zu den Betriebsbesetzungen in Hennigsdorf, Finow oder den ostdeutschen Werften zu ziehen.

Die Gewerkschaftsbürokratie setzt der kapitalistischen Strategie der tiefen Spaltung zwischen den Arbeitern in Ost und West nicht nur nichts entgegen, sie fördert sie selbst. Der unglaubliche 1. Mai-Aufruf des DGB "Teilen verbindet", macht klar, für wen diese Leute das Geschäft betreiben: Teilen sollen die Lohnabhängigen! Aber die innergewerkschaftlichen Reaktionen auf diese Kollaborationspolitik zeigen, daß der Unmut der Arbeiter über die Verschlechterung ihrer Situation und die Wut über die Ausverkaufspolitik zunehmen. Das bereitet Steinkühler, Wulf-Mathies und Konsorten zunehmend Probleme. Ihr oft beschwore-

Kontaktadressen der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Berlin:	M. Martin, Postfach 210254 W-1000 Berlin 21
Hamburg:	PLK 079 731 W-2000 Hamburg 203
Bay Area:	Bolshevik Tendency PO Box 31796 Oakland, CA 94604, USA
New York:	Bolshevik Tendency PO Box 385, Cooper Station New York, NY 10276, USA
Toronto:	Bolshevik Tendency PO Box 332, Adelaide St. Stn. Toronto, Kanada
Wellington:	Permanent Revolution Group PO Box 7076 Wellington South, Neuseeland

Protestdemonstration in Schwerin

nes "Argument", es existiere nicht genügend Kampfbereitschaft, wird zunehmend lächerlicher.

Nach wie vor sind die Arbeiter in der Defensive, nach wie vor existieren - mangels einer revolutionären Alternative - Illusionen in die Sozialdemokratie, und es gibt die weitverbreitete Hoffnung, Regierung und Treuhand zur Erhaltung der Arbeitsplätze bewegen zu können. Bislang hat der Widerstand keine politische Dimension angenommen. Bei nahezu keiner Aktion gibt es Forderungen, die sich direkt gegen die Regierung richten, geschweige denn Positionen, die sich gegen die sozialdemokratischen Helfershelfer wenden. In Mecklenburg-Vorpommern, wo die Forderung nach dem Sturz der Regierung auftauchte, fehlte ein scharfes Vorgehen gegen die sozialdemokratische "Alternative". Und so wurden die Arbeiter auch hier verschaukelt.

Auch wenn es Regierung und DGB-Bürokratie bis jetzt gelang, die Arbeiterklasse in Ost und West zu spalten, eines wird doch immer deutlicher: Obwohl sich die Arbeiter in Ost und West zunächst mit unterschiedlichen Problemen herumschlagen - im Osten finden in erster Linie Kämpfe gegen Produktionsstillegung und Massenentlassung statt, im Westen geht es primär um höhere Löhne und die Verteidigung des Lebensstandards - es gibt einen *gemeinsamen* Feind: das deutsche Kapital und die Bonner Regierung.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Das Elend der aktuellen Tarifauseinandersetzungen drückt sich erst einmal dadurch aus, daß die verschiedenen Aktionen hübsch nebeneinander herlaufen. Es ist schon eine Kunst, einen Terminkalender für Tarifverhandlungen und Streiks von vornherein so zu planen, daß gemeinsame Aktionen absolut ausgeschlossen bleiben sollen. Nachdem kürzlich die HBV-Mitglieder mit 5,4% abgespeist wurden, sollen jetzt die Verhandlungen der ÖTV-West möglichst schnell zu Ende geführt werden. Die Tarifverträge für den Bereich Osten laufen erst am 30. April aus. Das Ergebnis der Metalltarifverhandlungen ist dann schon vorprogrammiert - falls für die Bürokratie alles nach Plan läuft. Von gemeinsamen Tarifverhandlungen in Ost und West will diese Sorte von Arbeitervertretern nichts hören. Gegen diese Taktik muß der Kampf um den *gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West*, verbunden mit einer saftigen, allgemeinen Lohnerhöhung, durchgesetzt werden. Auf diesem Weg kann auch der bislang erfolgreiche Versuch der Kapitalisten durchkreuzt werden, mittels Zahlung von Osttarifen die erkämpften Westtarife zu unterhöhlen.

Verteilung der Arbeit auf alle Hände

Angesichts der Pläne der Kapitalisten und der bürgerlichen Regierung reicht es jedoch nicht aus, sich ausschließlich auf Tarifverhandlungen und Lohnerhöhungen zu konzentrieren. Es bringt auch nichts ein, nur die Militanz der Streikenden anzubeten, wie dies etliche Linke demonstrieren. Damit soll die eigene Konzeptionslosigkeit gegenüber der Sozialdemokratie kaschiert werden. Klassenkämpferische, revolutionäre Politik muß über einen solchen Minimalismus hinausgehen und den Kampf generell gegen Arbeitslosigkeit, gegen die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung, u.a. gegen die massiver werdenden Angriffe auf die Gewerkschaften, richten.

Die Besetzungen im Westen wie im Osten richteten sich gegen Entlassungen und den Abbau von immer mehr Arbeitsplätzen. Bislang ist es nicht gelungen, die Forderung nach dem Erhalt *aller* Arbeitsplätze zu verankern. Selbst wenn die Arbeiter die Besetzungen in dieser Perspektive begannen, wurden dank der tatkräftigen Hilfe der Gewerkschaftschefs Kompromisse ausgehandelt, die lediglich darauf hinausliefen möglichst (!) viele Arbeitsplätze zu erhalten.

Die Werftbesetzungen in Mecklenburg-Vorpommern, unter dem Motto "Einzelprivatisierung" contra "Verbundlösung", waren ein Ausdruck dieser defensiven, falschen Perspektive. Angesichts der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland geht es nicht darum, einige, sondern alle Arbeitsplätze zu verteidigen. Die *vorhandene Arbeit muß auf alle verteilt werden*, in Ost und West! Der kapitalistische Rationalisierungs-Teufelskreis muß durchbrochen werden. *Kürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn, bis alle Arbeit haben!* Das heißt, auch gegen die verschiedenen Kurzarbeitskonzepte zu kämpfen, die nichts anderes bedeuten als verdeckte Arbeitslosigkeit.

Verbindung und Ausweitung der Arbeiteraktionen

Die isoliert gebliebenen Besetzungen mußten zwangsläufig in einer Niederlage enden. Vereinzelte Kämpfe der Arbeiter können die Kapitalisten nicht in die Knie zwingen. Die Ergebnisse vieler Streiks zeigen, daß sie nur mit der massenhaften Unterstützung von Kollegen in anderen Betrieben gewonnen werden können.

Rheinhausen 1988, die Werftbesetzung in Hamburg etc. waren wichtige Erfahrungen der Arbeiter im Westen - Hennigsdorf und NARVA stehen für die bitteren Lehren im Osten.

Dabei liegt die Notwendigkeit der Verbindung der Aktionen auf der Hand. Beispiel Nr. 1: Der kürzlich erfolgte Verkauf der Werft in Wismar an die Bremer Vulkan AG. Im Bremer Schiffsbau waren Anfang der 80er Jahre noch 21.000 Kollegen beschäftigt; heute existieren im Gefolge der allgemeinen Werftkrise nur noch ein Drittel dieser Arbeitsplätze, die in der Vulkan AG zusammengefaßt sind. Die Bremer Kollegen haben allen Grund, jetzt zu befürchten, daß durch den Osteinkauf eine Kapazitätsverlagerung aufgrund der besseren Subventionslage im Osten stattfinden wird und in Bremen lediglich der Reparaturbetrieb verbleibt. Beispiel Nr. 2: Die Übernahme von EKO-Stahl Eisenhüttenstadt durch die Bochumer Krupp Stahl AG. Von den derzeit noch 6000 Beschäftigten im Osten sollen nach zwei Jahren "im günstigsten Fall" 3800 übrig bleiben. Im Westen setzt die Elefantenhochzeit zwischen Hoesch und Krupp Massenentlassungen auf die Tagesordnung. Ob in der Autoindustrie, im Bergbau oder in der Chemieindustrie - immer trifft es die Lohnabhängigen *sowohl im Osten als auch im Westen.*

Darum ist die Perspektive der *Verbindung der Betriebsbesetzungen und Streiks* so entscheidend. Nur wenn die Kämpfe im Osten auf den Westen ausgeweitet werden, können die Arbeiter auf beiden Seiten gewinnen. Denn nur im Westen sind die "Herzstücke" der Kapitalisten; nur dort können die Kapitalisten existentiell getroffen werden. Im Osten kämpfen die Arbeiter mit dem Rücken zur Wand. Viele Betriebe befinden sich in den Klauen der Treuhand oder werden von Kapitalisten aufgekauft, die oft nicht einmal die halbe Produktion fahren wollen.

Der Kampf um alle Arbeitsplätze, um die Verteilung der Arbeit auf alle Hände, ist umso wichtiger, da die Kampfkraft der Arbeiterklasse durch das Abschieben in "Arbeitsbeschäftigungsmaßnamen", "Beschäftigungsgesellschaften" und Null-Kurzarbeit geschwächt wird. Die Spaltung der Arbeiterklasse in einen Teil, der noch einen Arbeitsplatz hat, und in einen zunehmend größeren Teil, der Elend und Lumpenisierung ausgesetzt ist, muß beseitigt werden. Die Arbeitslosen müssen wieder in den Produktionsprozeß integriert werden, womit auch die Versuche der Kapitalisten zurückgeschlagen werden können, die steigende Arbeitslosigkeit als Mittel zur Lohndrückerei zu benutzen. Dazu müssen die Arbeitslosen in der Gewerkschaft organisiert werden.

Die Empörung über die Treuhandpolitik ist weitverbreitet. Weniger verbreitet ist, daß die Treuhand nicht im Interesse der Arbeiter reformiert werden kann - wie dies oft gefordert wird. Und es ist schlichtweg Unfug und desorientierend, diese Institution des bürgerlichen Staates z.B. unter Arbeiterkontrolle stellen zu wollen. Die Losung "Treuhand=Arbeiterverräter" greift ins Leere, denn der bürgerliche Staat "verrät" nicht die Arbeiter; seine Funktion besteht in deren Unterdrückung. Die Treuhand setzt genau wie jeder andere Zweig der bürgerlichen Administration das Interesse des Kapitals und seiner Regierung durch. Diese Institution kann nur zerschlagen werden.

Die Besetzungen im Osten werden fast durchgängig in Aktionen für Reprivatisierung umgebogen. Viele Arbeiter stimmen dem zu, da sie die Illusion haben, wenigstens so Arbeitsplätze zu erhalten. Kapitalismus, das Privateigentum an Produktionsmitteln, bedeutet aber Arbeitslosigkeit und Elend. Die flächendeckende Vernichtung von Arbeitsplätzen in der ehemaligen DDR (mit dem "Argument", daß alle DDR-Betriebe Schrott seien), ist nur Resultat der kapitalistischen Konkurrenz, die rücksichtslos Profite erwirtschaften muß. Um mit der kapitalistischen Mißwirtschaft Schluß zu machen ist es nötig, daß die Arbeiter in Ost und West die Betriebe *selbst kontrollieren.* Das bedeutet u.a., daß sie die Offenlegung der Bücher durchsetzen, um hinter die Pläne von Treuhand und Kapitalisten zu kommen und sie durchkreuzen zu können. Eine Wirtschaft, die im Interesse der Lohnabhängigen funktioniert, setzt eine demokratische und gesellschaftliche *Planung der Produktion* voraus und erfordert die *entschädigungslose Enteigung der kapitalistischen Bosse.*

Ein Schritt zur Organisierung von Arbeiteraktionen kann die Bildung von Streik- und Fabrikkomitees sein. Entgegen der Logik der Sozialpartnerschaft müssen diese für die Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiter kämpfen. Solche gewählten Komitees sind auch vonnöten, um die Spaltungs- und Ausverkaufspolitik seitens der reformistischen Gewerkschaftsführung zu verhindern und um die verschiedenen Aktionen der Arbeiter koordinieren, zusammenfassen und ausweiten zu können.

Kampf gegen die Kohl-Regierung - Sozialdemokratie keine Alternative

Die Sozialdemokratie und ihre Vertreter in der Gewerkschaftsspitze stellen die größte Barriere dar, die stattfindenden Kämpfe zum Erfolg zu führen. Wenn die Kämpfe gewonnen werden sollen, muß diesen Berufsverrätern, die zu allen Kompromissen bereit sind, das Handwerk gelegt werden.

Um konsequent gegen die Ausverkaufspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen vorgehen zu können, müssen sich klassenkämpferische, revolutionäre Militante in kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen zusammenschließen. Die Gewerkschaften müssen wieder zu Kampforganisatio-

BOLSCHEWIK
Gruppe Spartakus

Herausgeber: Gruppe Spartakus
Deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistschen Tendenz
Redaktionsanschrift:
M. Martin, Postfach 210 254
W-1000 Berlin 21

Erscheint im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: M. Martin, W-1000 Berlin 62
Abonnement: 4 Ausgaben DM 10,-
Übersee DM 15,-
(erscheint unregelmäßig)
Konto: M. Martin, Postgiroamt Berlin
(BLZ 10010010), KtoNr.: 14241-107

Signierte Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion.

nen der Arbeiterklasse werden. Eine solche Arbeit ist von zentraler strategischer Bedeutung für die Gewinnung von Kadern zur Herausbildung der trotzkistischen Arbeiterpartei. Durch Teilnahme an den Kämpfen in der BRD muß diese revolutionäre Partei das Vertrauen der Lohnabhängigen erringen, den Kampf um die konsequente Durchsetzung ihrer Interessen anzuleiten.

Die Kohl/Genscher-Regierung koordiniert und zentralisiert die Offensive des Kapitals. Engholm, Lafontaine und Klose, unterstützt von der DGB-Spitze, reihen sich hier in vorderster Front ein. Ihre "Große-Koalitionspolitik" bietet keine Alternative für die Lohnabhängigen in Deutschland. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Massenelend und Kriegsvorbereitungen wird dagegen die Notwendigkeit der gründlichsten aller "Wenden" aufzeigen: Die revolutionäre Arbeiterregierung, gestützt auf Organe der Lohnabhängigen, wird Schluß machen mit dem kapitalistischen Elend. ■

19.04.1992

1917

"To face reality squarely; not to seek the line of least resistance; to call things by their right names; to speak the truth to the masses, no matter how bitter it may be; not to fear obstacles; to be true in little things as in big ones; to base one's program on the logic of the class struggle; to be bold when the hour for action arrives—these are the rules of the Fourth International."

JOURNAL OF THE INTERNATIONAL BOLSHEVIK TENDENCY

Englischsprachiges Organ der Internationalen Bolschewistischen **Tendenz**

Nr. 11

Aus dem Inhalt:

- Yugoslav Civil War
  Nationalism and Counter-revolution
- Three Days in August
  Soviet Rubicon and the Left
- Smash Yankee Imperialism!
  Defend Cuba!
- First the Wall...Then the Factories
  DDR Junked
- Trotskyist Program for East German Workers
- German Reunification Fuels Fascist Terror
- Geronimo Pratt
  Robert Williams Honored
  "His Truth is Marching On"

Preis: DM 3,- + Porto
Zu bestellen über Redaktionsanschrift